Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze,** Verena Osgyan **GRÜ**

vom 21.05.2014

- mit Drucklegung -

Neonazis bei der Polizei

Laut einem Artikel der Nürnberger Nachrichten vom 20. Mai 2014 sind Fußballfans am 18. Mai 2014 beim Relegationsspiel zwischen der Spielvereinigung Greuther Fürth und dem Hamburger SV „in einem Bus des Unterstützungskommandos der bayerischen Bereitschaftspolizei auf Neonazi-Aufkleber gestoßen.“ Nach Auskunft des Fürther Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Rassismus handelt es sich dabei um Aufkleber mit den Aufschriften "Good night left side" und "Anti-Antifa organisieren". Exakt solche Aufkleber werden vom Neonaziversand „Final Resistance“ vertrieben. Dieses Unternehmen führen seit Ende letzten Jahres die beiden Neonazikader Matthias Fischer (Fürth) und Tony Gentsch (Oberprex), die, neben Norman Kempken (Nürnberg), im Kameradschaftsnetzwerk „Freies Netz Süd“ (FNS) tonangebend sind. Zuvor zeichnete sich der oberpfälzische FNS-Aktivist Daniel Weigl für den Vertrieb verantwortlich. Gegen das FNS läuft derzeit ein vereinsrechtliches Verbotsverfahren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Staatsregierung:

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über den geschilderten Fall vor?

2. Auf welche konkrete Einheit der bayerischen Bereitschaftspolizei ist der Vorfall zurückzuführen?

3. Wie erklärt sich die Staatsregierung, dass die eindeutig der Neonazi-Szene zuzuordnenden Aufkleber nicht bereits vorher von Vorgesetzten bzw. von Kolleginnen oder Kollegen beanstandet wurden?

4. Mit welchen Konsequenzen haben die für das Anbringen bzw. für die Duldung der Aufkleber verantwortlichen Beamtinnen und Beamten zu rechnen?

5. Sind der Staatsregierung in der betroffenen Einheit über diesen konkreten Fall hinaus rechtsextreme Vorfälle bzw. Verbindungen in die rechtsextreme Szene bekannt?

6. Sind der Staatsregierung in der bayerischen Polizei und insbesondere in der Bereitschaftspolizei seit 2010 rechtsextreme Vorfälle bzw. Verbindungen in die rechtsextreme Szene bekannt geworden (Fälle ggf. bitte einzeln aufschlüsseln)?

7. Welche Konsequenzen haben diese Erkenntnisse jeweils nach sich gezogen?

8. In Form welcher konkreten Maßnahmen (Auswahlverfahren, Prävention etc.) stellt die Staatsregierung sicher, dass sich unter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten keine Personen mit rechtsextremen Einstellungen befinden?